

**Predigt über Römer 12,21-13,8a  
im Zusammenhang der Kantate „Lobe den Herrn, meine Seele“ BWV 143  
Pfingstmontag – Erhaltung von staatlicher Ordnung und Gerechtigkeit  
Bachkirche Divi Blasii Mühlhausen, 16. Mai 2016**

Psalmgebet  
Psalm 146

Lesung  
Lukas 3,10-18

Johann Sebastian Bach (1685-1750, Thomaskantor 1723-1750)  
Lobe den Herrn, meine Seele  
Kantate unbekannter Bestimmung, BWV 143  
mutmaßliche Originalfassung in C-Dur: für Sopran, Tenor, Bass, vierstimmigen Chor,  
3 Trompeten, Pauken, Fagott, Streicher und Basso continuo

*Gnade sei mit euch und Friede von Gott, unserm Vater, und unserem Herrn Jesus Christus.  
Amen.*

Unterstellen wir, dass die gerade gehörte Kantate „Lobe den Herrn, meine Seele“ tatsächlich 1709 aus Anlass des Ratswechsel in Mühlhausen von Johann Sebastian Bach komponiert und im Gottesdienst erstmals aufgeführt wurde - dann ist die Frage: Warum stand damals am Beginn der neuen Amtszeit des Stadtrates eine geistliche Kantate? Warum nicht eine Huldigungsmusik an die Obrigkeit – weltlich und darum unverfänglich? Was also soll mit dieser Festmusik zum Ausdruck gebracht werden? Zunächst vor allem eines: Wer Gott lobt, der wird von der Überheblichkeit befreit, sich selbst beweihräuchern zu müssen. Auf die politische Ebene übertragen bedeutet dies: Das Gotteslob lenkt unseren Blick von den jeweils Mächtigen und Regierenden auf Gott und von ihm auf uns selbst. Es führt uns gleich zu Beginn zur entscheidenden, aber auch befreienden Erkenntnis, die wir dem 146. Psalm verdanken:

*Verlasst euch nicht auf Fürsten;  
sie sind Menschen, die können ja nicht helfen.*

...

*Der Herr ist König ...*

Psalm 118,3.10

Der bedeutende Theologe Karl Barth formulierte es am Vorabend seines Todes am 10. Dezember 1968 so:

*Ja, die Welt ist dunkel. .... Nur ja die Ohren nicht hängen lassen! ... Denn es wird regiert, nicht nur in Moskau oder in Washington oder in Peking, sondern es wird regiert, und zwar hier auf Erden, aber ganz von oben, vom Himmel her! Gott sitzt im Regimente! Darum fürchte ich mich nicht. ... Gott lässt uns nicht fallen, keinen einzigen von uns ...! - Es wird regiert!*

Das ist der Inhalt und gleichzeitig der Anlass für das Gotteslob (und – das schon einmal vorweggenommen – das ist die Funktion des Gottesbezuges in unserer Verfassung, dem Grundgesetz von 1949). Wer „im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den

*Menschen*“ lebt und arbeitet, der weiß um seine Grenzen und seinen Auftrag. Darum kann es nicht überraschen, dass in der vom Sopran gesungenen Choralstrophe „*Du Friedefürst, Herr Jesu Christ*“ nicht hehre Absichten politischen Handelns formuliert, sondern im Blick auf Jesus Christus drei Gedanken ausgesprochen werden: Er ist es, der den Frieden bringt, er steht den Menschen in ihrer Not bei, er verleiht unserem Gebet Gewicht. Damit wird unterstrichen, was Inhalt sowohl des Chorals wie des biblischen Bezugs auf den 146. Psalm ist: Wir können das Leben hier auf Erden nur dann sinnvoll gestalten, wenn wir alles, auch das Regieren, in Beziehung zu Gott setzen. Genau darin liegt auch die Bedeutung der beiden Sprüche, die über dem Renaissance-Portal des Mühlhausener Rathauses zu lesen sind:

DEHR HERR BEWHAR DEINEN EIN GANK VNT DEINEN AVS GANK

und

WER GOT VERTRAVWET

DER HAT WOL GEBAVET

Nun meinen nicht wenige, dass solche Bezüge – wenn überhaupt - nur noch eine historische Bedeutung hat. Schließlich leben wir in einer Gesellschaft, deren Verfassung die Trennung von Staat und Kirche vollzieht und den Staat und seine Organe zur weltanschaulichen Neutralität verpflichtet. Was soll da noch die Rückbindung auf die jüdisch-christliche Glaubensstradition? Wäre es nicht viel angemessener, Religion aus dem öffentlichen Raum zu verdrängen – zumal wir heute mit einem politischen Islam konfrontiert sind, dessen extremistische Auswüchse die reformatorische Trennung von Bürgergesellschaft und Religion aufheben und den Gottesstaat zum alleinigen System erklären will? Wären wir nicht aller daraus erwachsenden Probleme ledig, wenn wir Religion zur Privatangelegenheit machen? Mitnichten. Ein Blick auf die Systeme, die Religion verdrängen, strikten Laizismus praktizieren und bewusst ohne jeden Gottesbezug auskommen wollen, müssen uns zweifelnd machen. Es geht also nicht um das „Ob“, sondern um das „Wie“: Wie steht es um das Verhältnis von Staat und Kirche resp. Religionsgemeinschaften – und zwar unter den Bedingungen einer freiheitlichen Verfassung, einer multireligiösen Gesellschaft, der sozialen Demokratie?

Bevor wir darüber weiter nachdenken, möchte ich unsere Aufmerksamkeit auf einen Abschnitt aus dem Römerbrief lenken. Dieser Brief wurde vom Apostel Paulus Mitte des 1. Jahrhunderts an die Christen in Rom geschrieben. In ihm entwickelt er nicht nur grundlegende theologische Positionen, sondern auch erste Konturen einer christlichen Ethik. Zu dieser gehört das Thema, das Sie in der heute beginnenden Predigtreihe reflektieren wollen: Wie sollen sich Christen, wie soll sich Kirche in der Öffentlichkeit bewegen und wie sollen sie sich gegenüber der Staatsgewalt verhalten? Im 13. Kapitel formuliert Paulus Gedanken, die das Verhältnis von Staat und Kirche ebenso geprägt haben wie das Verhalten des einzelnen Christen gegenüber der sog. Obrigkeit. Eingerahmt sind die Überlegungen des Paulus von zwei Sätzen, die als grundlegend für die christliche Ethik angesehen werden können:

*Lass dich nicht vom Bösen besiegen, sondern überwinde es durch das Gute!*

Damit endet das 12. Kapitel. Und am Schluss des Predigttextes heißt es:

*Bleibt niemand etwas schuldig – außer der Schuld, die ihr niemals abtragen könnt: der Liebe, die ihr einander erweisen sollt. ...*

Das Gute und die Liebe sind die beiden Ziele, die sich für Paulus unmittelbar aus der Lehre Jesu und der Hoffnung auf Gottes neue Welt ergeben. In dieser Klammer führt Paulus aus:

1 Alle ohne Ausnahme müssen sich den Trägern der Staatsgewalt unterordnen. Denn es gibt keine staatliche Macht, die nicht von Gott kommt. Die jeweiligen Amtsträger sind von ihm eingesetzt. 2 Wer sich also gegen die staatliche Ordnung auflehnt, widersetzt sich der Anordnung Gottes, und wer das tut, zieht sich damit die Verurteilung im Gericht Gottes zu. 3 Vor den staatlichen Machthabern müssen sich nicht die fürchten, die Gutes tun, sondern nur die, die Böses tun. Wenn du also ohne Angst vor der Staatsgewalt leben willst, dann tu, was recht ist, und sie wird dich dafür loben. 4 Denn die staatliche Macht steht im Dienst Gottes, um dich zum Tun des Guten anzuspornen. Wenn du aber Böses tust, musst du dich vor ihr fürchten. Ihre Vertreter tragen nicht umsonst das Schwert. Sie stehen im Dienst Gottes und vollstrecken sein Urteil an denen, die Böses tun. 5 Darum müsst ihr euch der Staatsgewalt unterordnen, nicht nur aus Furcht vor dem Gericht Gottes, sondern auch, weil euer Gewissen euch dazu anhält. 6 Deshalb zahlt ihr ja auch Steuern. Denn die Staatsbeamten handeln als Beamte Gottes, wenn sie beharrlich darauf bestehen. 7 Gebt also jedem, was ihr ihm schuldig seid! Wem Steuern zustehen, dem zahlt Steuern, wem Zoll zusteht, dem zahlt Zoll. Wem Respekt zusteht, dem erweist Respekt, und wem Ehre zusteht, dem erweist Ehre.  
Römer 12,21-13,8a – Übersetzung „Gute Nachricht Bibel“

Der Obrigkeit untertan sein, sich ihr unterordnen – das ist eine Empfehlung, die jeden Demokraten die Haare zu Berge stehen lassen. So erging es mir auch, als ich zum ersten Mal bewusst diesen Text gelesen habe. Das war zu Beginn meines Theologiestudiums 1968. Ich war erschrocken – und dachte: Kein Wunder, dass sich die Kirche in Deutschland bis 1945 immer wieder autoritären Systemen angebiedert und sich mit der Demokratie so schwer getan hat. Die Demokratie kennt nur durch freie Wahlen und auf Zeit vergebene und durch Parlamente und Öffentlichkeit kontrollierte Ämter und Funktionen – was ein leider oft vergessener und lange verdrängter Ertrag der Reformation ist (man denke nur an die 12 Artikel der Bauern von 1525, deren theologische und kirchliche Rehabilitation zum Reformationsjubiläum mehr als angebracht wäre)! Wie kann ich aber dann noch davon reden, dass die „Amtsträger“ von Gott eingesetzt sind? Der oberste Souverän ist doch der Bürger, und Diener sind die, die sich früher „Obrigkeit“ nannten. So stellt sich auch im Blick auf die Gedanken des Apostel Paulus die Frage: Lohnt es sich eigentlich, heute noch in diesen überkommenen Kategorien zu denken? Doch sollten wir an diesen Text auch mit der ideologiekritischen Frage herangehen: Wer sagt hier eigentlich was, wann, wo, wie und warum? Paulus, ein hoch gebildeter Jude, der nach seinem Wechsel zum neuen, sich entwickelnden christlichen Glaube diesen im Mittelmeerraum verbreitete und dabei oft genug mit der Staatsmacht aneinander geriet, schreibt an die Christen in Rom. Diese versuchten abseits des gesellschaftlichen Lebens, Gemeinde Jesu Christi zu bilden – ständig der Gefahr ausgesetzt, mit der römischen Obrigkeit in Konflikt zu geraten. In den Gemeinden schien es durchaus unterschiedliche Meinungen darüber zu geben, wie weit man überhaupt die staatlichen Strukturen anerkennen muss oder darf. Steht es den Christen nicht gut an, sich aus dem öffentlichen Leben völlig herauszuhalten, anstatt sich zu beteiligen und dadurch ungerechte Strukturen zu legitimieren? Aber ist das überhaupt möglich, wenn man an den Auftrag Jesu denkt, in alle Welt zu gehen und allen Menschen das Evangelium zu verkündigen, sich nicht nur dem Nächsten, sondern auch dem Feind zuzuwenden? Andere werden sich gefragt haben, ob man einer Staatsgewalt überhaupt Gehorsam schulden darf, die sich selbst als oberste Gottheit versteht – wie das beim römischen Kaiser der Fall war?

Paulus, in Rom selbst Opfer staatlicher Willkür geworden, sieht die Gefahr, dass die Christen sich zu sehr aus dem öffentlichen Leben heraushalten und ein abgeschottetes Eigendasein führen. Darum schärft er ihnen ein: Ihr lebt in der Hoffnung auf Gottes neue Welt, aber ihr seid dennoch Bürger dieser irdischen Welt. Ihr sollt euch nicht der Welt gleich machen, aber euch dennoch an ihrem Leben beteiligen. Und wenn jemand Regierungsverantwortung trägt, der mit unserem Glauben nichts zu tun hat, wenn im Kaiserpalast ein Nero sein Unwesen treibt und sich keiner höheren Macht verpflichtet weiß, wenn er uns durch seine Schergen verfolgt – zweierlei dürft ihr nicht aus den Augen verlieren:

1. Wir haben uns als Christen der Staatsgewalt unterzuordnen, denn sie ist von Gott. Und:
2. Diejenigen, die die Staatsgewalt innehaben, müssen wissen, dass auch ihre Macht nur eine Leihgabe ist von Gott, der Vergänglichkeit ausgeliefert und den ethischen Maßstäben des Glaubens unterworfen.

Beide Einsichten führen Paulus dazu, von den Christen sowohl aktive Beteiligung am gesellschaftlichen Leben zu erwarten, als auch jede Auflehnung gegen die staatliche Ordnung und Obrigkeit abzulehnen. Ob der Auslöser für diese Mahnungen die Absicht von Christen war, das Zahlen der Steuern zu verweigern, oder von Bestrebungen, gegen das gewalttätige Wüten eines Nero aktiv Widerstand zu leisten, können wir heute nicht mehr ergründen. Aber eines ist deutlich: Paulus formuliert hier eine Haltung, die bewusst anknüpft an die Staatsethik, die ihm aus dem Judentum vertraut war. Diese besagt, dass Regierungen, auch wenn sie den Glauben an den einen Gott nicht teilen, dennoch Teil des Wirkens des einen Gottes sind:

*Der Herr ist König*

Das, was wir in der Kantate als Bass-Arie gehört haben, gilt grundsätzlich. Gott ist König auch über die, die von Gott nichts wissen oder wissen wollen. Das heißt aber auch: Jede Staatsgewalt hat sich an dem Recht und der Gerechtigkeit messen zu lassen, die im 146. Psalm benannt werden und die Propheten als kritischen Maßstab an das Handeln der Könige Israels angelegt haben. Die überspitzte Aussage des Paulus

*Denn es gibt keine staatliche Macht, die nicht von Gott kommt.*

will die Staatsgewalt nicht mit einer göttlichen Aura umgeben. Daraus kann auch kein besonderer Machtanspruch abgeleitet werden. Vielmehr wird mit dem Gedanken, dass jede Macht von Gott kommt, der Anspruch erhoben: Jede Staatsgewalt muss sich so verhalten, dass sie dem göttlichen Mandat entspricht:

*Denn die staatliche Macht steht im Dienst Gottes, um dich zum Tun des Guten anzuspornen.*

Der Staat hat die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass sich Gerechtigkeit, das Gute, die Liebe entwickeln können.

Leider sind die Gedanken des Paulus im Verlauf der Kirchengeschichte auch ganz anders verstanden worden. Leider wurden unter Verweis auf Römer 13 Gehorsamsstrukturen in Familie und Gesellschaft aufgebaut, die im Widerspruch standen zu dem, worauf es Jesus ankam: Menschen aus selbstverschuldeter Unmündigkeit herauszurufen und in ihrem Selbstbewusstsein zu stärken. Leider ist auch die Reformation zunächst auf halber Strecke stehen geblieben. Zwar wurde durch die Zwei-Reiche-Lehre mit der Trennung von Bürgergesellschaft und Kirche begonnen, aber Luther verlangte im Gegenzug den Christen absoluten Gehorsam gegenüber der Staatsgewalt ab, während Thomas Müntzer versuchte,

den Rückbezug auf das Evangelium in Übereinstimmung zu bringen mit den notwendigen Veränderungen in der Gesellschaft, auf die er dann die Fürsten verpflichten wollte. Letzteres scheiterte, ersteres hatte die fatale Folge, dass Teile der Kirchen mit Römer 13 die fatale Liaison von Thron und Altar eingingen und ein Unrechtssystem wie den Nationalsozialismus rechtfertigten. Da war die Loyalität zu denen, die das Recht gebeugt, Kriege angezettelt und Menschen ausgerottet haben, größer als die Treue zum Wort Gottes. Dennoch haben die Gedanken des Paulus im Jahr 1934, also zu Beginn der Naziherrschaft, dazu geführt, die Rolle der Kirche im Gegenüber zum Staat mit der 5. These der Barmer Theologischen Erklärung neu zu bestimmen und zu präzisieren:

*Die Schrift sagt uns, dass der Staat nach göttlicher Anordnung die Aufgabe hat, in der noch nicht erlösten Welt ... nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen. Die Kirche erkennt in Dank und Ehrfurcht gegen Gott die Wohltat dieser seiner Anordnung an. Sie erinnert an Gottes Reich, an Gottes Gebot und Gerechtigkeit und damit an die Verantwortung der Regierenden und Regierten.*

Das waren damals insbesondere für die lutherischen Kirchen ganz neue Töne: Auf der einen Seite Bejahung der Staatsordnung, auf der anderen Seite eine solidarische Distanz, besser: eine kritische Solidarität zum Staat. Auch wenn es zunächst unbequem erscheint - eines aber sollte für Christen unstrittig sein: Ohne ein geordnetes Staatswesen, und das beinhaltet: ohne Recht und Gerechtigkeit, geht es nicht. Wie wichtig diese Grundüberzeugung ist, sehen wir heute an den Ländern, in denen sich das Gewaltmonopol des Staates aufgelöst, Gewalt privatisiert hat und die Willkür der Warlords und Korruption herrschen. Auf diesem Hintergrund erscheinen die Gedanken des Paulus nicht nur höchst aktuell. Wir können auch nachvollziehen, warum sich gerade Christen in einem Unrechtssystem mit der Frage herumschlagen müssen: wie dieses bekämpfen, erneuern, verändern, ohne die Ordnung als solche aufzulösen? Das war der Konflikt zwischen Martin Luther und Thomas Müntzer zur Zeit der Bauernkriege. Darüber haben sich die Männer und Frauen des 20. Juli 1944 den Kopf zerbrochen. Das war auch eine Frage der Christen in der DDR und in den Tagen der Friedlichen Revolution 1989. Dass diese friedlich blieb, lag auch daran, dass die staatliche Ordnung nicht zur Disposition gestellt wurde.

Natürlich: Es gibt Grenzen des Erträglichen. Es gibt die Abwägung: flüchten oder standhalten, Widerstand oder Ergebung. Theoretisch kann man das nicht beantworten. Wir können nur das mutige Tun derer reflektieren, die sich als Christen in Unrechtssystemen damit ernsthaft auseinandergesetzt haben. Bei den meisten verhält es sich so: Sie sind nicht vor ihrer Verantwortung geflohen. Sie haben sich der Aufgabe gestellt, durch ihr Tun den Staat an Gottes Gebote und Gerechtigkeit zu erinnern. Diese Verantwortung gilt es unter vollkommen veränderten Bedingungen auch heute wahrzunehmen. Da steht jede Bürgerin, jeder Bürger vor der Frage: flüchten oder standhalten; sich aus der Demokratie ausklinken oder sich an ihr durch Wahlen, durch Meinungsbildung, durch Zivilcourage beteiligen; sich für das Gemeinwesen engagieren oder satt und selbstzufrieden alle öffentlichen Dienstleistungen in Anspruch nehmen.

In der rechtsstaatlichen Demokratie bedeutet „*der Obrigkeit untertan sein*“: Als Bürger/in nehme ich meine demokratische Verantwortung wahr; ich gebe bei Wahlen meine Stimme ab; ich arbeite in Parteien, Gewerkschaften, Initiativen mit, anstatt mich schmollend ins gesellschaftliche Abseits oder rechtsgewirkt-maulend montags bei Pegida zurückzuziehen

oder - mich lösend vom gesellschaftlichen Konsens - raffend und gierig nur meinen Vorteil zu suchen; ich beteilige mich nicht am allgemeinen Politikerbashing nach dem Motto: Das sind doch alles nur Gauner, Ganoven und Volksverräter. Nein, diejenigen, die in Mühlhausen oder Leipzig, in Deutschland oder Europa Regierungsverantwortung innehaben, sind eine von Gott eingesetzte und geachtete Obrigkeit. Sie dürfen Respekt erwarten, und der Staat Steuern und unser Mittun. Und wenn wir in unserem Engagement einmal keinen Erfolg haben, dann sollten wir, anstatt die Leier vom „Ich kann sowieso nichts machen“ zu tremolieren, an Karl Barth denken:

*Nur ja die Ohren nicht hängen lassen! ... Denn es wird regiert!*

In diesem Sinn haben wir als Kirche die Aufgabe, auf die Frage, die einstmals einem Johannes der Täufer gestellt wurde, eine glaubwürdige Antwort zu finden: Was sollen wir denn tun? Wahrscheinlich wird uns nicht viel mehr einfallen als das, was Johannes in dreifacher Weise ausführt: auf allen Ebenen für Gerechtigkeit, für einen sozialen Ausgleich sorgen. Damit haben wir genug zu tun. Denken wir nur an die ganz aktuelle Auseinandersetzung darüber, wie wir mit den Menschen umgehen, die bei uns Zuflucht suchen. Wie können wir ihnen mit Würde und Respekt begegnen? Wie können wir die Ursachen ihrer Flucht bekämpfen? Wie können wir diejenigen für die Grundwerte zurückgewinnen, die jetzt noch Angst besessen denken, Flüchtlinge wollen uns die Haare vom Kopf essen und Muslime morgen die Kirchen stürmen? Wie können wir Menschen das Rückgrat stärken, für ihre sozialen Interessen so einzutreten, dass sie sich als gleichberechtigte Teile der Bürgergesellschaft erleben. Spätestens hier sollte uns dämmern: Der Obrigkeit untertan sein, hat nichts mit Leisetreterei zu tun, sondern verlangt uns ab, die ethischen Grundsätze zu beachten, die Paulus als Rahmen um Römer 13 setzt: das Böse mit Gutem überwinden und niemandem die Liebe schuldig bleiben.

So ist die eigentlich spannende Frage nicht die, ob Kirche und Staat in unserem Land denn nun getrennt voneinander existieren. Denn heute – und das regelt das Grundgesetz – hat keine Kirche die Absicht, sich staatliche Funktionen anzumaßen, politische Ämter zu besetzen oder gar die Macht- oder Systemfrage zu stellen. Weder die Sharia noch das Kanonische Recht stellen eine Alternative zum demokratischen Rechtsstaat dar. Ein „Ewiger Rat“ war 1525 in Mühlhausen genauso ein Irrweg, wie es heute ein „Wächterrath“ im Iran ist. Aber als Kirche tragen wir ein hohes Maß an geistlicher Verantwortung für die weltliche Machtausübung. Diese Verantwortung können wir in unterschiedlicher Weise wahrnehmen: von der Fürbitte über die Diakonie bis hin zur aktiven Beteiligung an der Demokratie, der dem christlichen Glauben angemessenen Form gesellschaftlichen Lebens. Dies steht immer unter der Überschrift: „Es wird regiert“. Gott lässt uns nicht fallen. Denn es geht bei der Frage der öffentlichen Verantwortung nicht um die letzten, sondern um die vorletzten Dinge. Die allerdings sind wichtig genug, um sich kräftig einzumischen.

Bleibt die Frage, ob eine solche Beteiligung der Religionsgemeinschaften nicht die weltanschauliche Neutralität des Staates bedroht – ein Vorwurf, dem wir uns immer wieder ausgesetzt sehen, vor allem dann, wenn wir als Kirche und Christen in öffentlichen Angelegenheiten Position beziehen. Gerade weil sich der Staat als weltanschaulich neutral versteht, ist es so wichtig, dass die Kirche sich in vielfältiger Weise in öffentliche Belange einmischt. Gerade weil der Staat nicht die Aufgabe hat, Bürgern vorzuschreiben, was sie zu denken und zu glauben haben, muss er ermöglichen, dass sich Religionsgemeinschaften frei

entfalten und ihre Arbeit tun können. Gerade weil der Staat weltanschaulich neutral ist, benötigt er die Erinnerung an sein göttliches Mandat, aber auch an die Grenzen, die er in Gott findet. So widersprüchlich es erscheinen mag: Gerade in Zeiten des Bedeutungsverlustes der Kirchen wird immer mehr offenbar: Der Staat braucht verlässliche Partner, die das Vakuum füllen können, das der neutralistische Säkularismus in den Köpfen und Herzen vieler Menschen hinterlässt. Denn durch dieses Vakuum eröffnen sich gefährliche Einflugschneisen für menschenverachtete Ideologien, die sich als gefährlicher Religionsersatz entpuppen.

Wahrscheinlich hatten die Menschen schon im 18. Jahrhundert eine Ahnung davon, dass ohne die lebendigen Quellen des biblischen Glaubens, ohne Orientierung an den Wegweisungen Jesu unser Leben, auch Regierungsverantwortung austrocknen – und unser Tun und Lassen eben umsonst und vergeblich bleiben. Darum eine geistliche Kantate zum Ratswechsel und keine Huldigungsmusik. Dies auch heute im politischen Raum zu bedenken oder im Rahmen eines Gottesdienstes musikalisch zur Sprache zu bringen, ist weit mehr als eine museale Reminiszenz und gerät niemandem zum Schaden. Darum: Martin Luther war weit mehr als nur Schoßhund der Fürsten, Kirche und Staat brauchen sich nicht umarmen, Pfarrer und Oberbürgermeister müssen nicht Händchen halten - aber Gerechtigkeit und Frieden sollten sich küssen! Denn nur so gereicht unser Tun Gott zur Ehre und dem Nächsten zum Nutzen.

*Und der Friede Gottes, welcher höher ist als alle Vernunft, der bewahre unsere Herzen und Sinne in Christus Jesus. Amen.*

Predigtlied  
EG 423,1-4

Christian Wolff, Pfarrer i.R.  
[www.wolff-christian.de](http://www.wolff-christian.de)  
[info@wolff-christian.de](mailto:info@wolff-christian.de)